

**Sonder-
Ausgabe**

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 57 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Vollpreis 3,27 M. einschließlich 60 Pf.
Vergütungs- und 72 Pf. Vertriebsge-
bühren. Auslandsendenernent 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Donnerstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustriertes Sonntagsbeilage
„Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gratis!

Sonnabend,
23. April 1932

Die einipolit. Willkürerzelle 80 Pf.
Reklamerzelle 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pf.
täglich zwei festgedruckte Worte jedes
weitere Wort 10 Pf. Neben d. Tarif.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Willkürer-
zelle 25 Pf. Familienanzeigen Will-
kürerzelle 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3
montags bis 10 Uhr, bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
kehrung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65 St. B. u. Dist.-Gel., Depotkassette Lindenstr. 3.

Preußens beste Männer

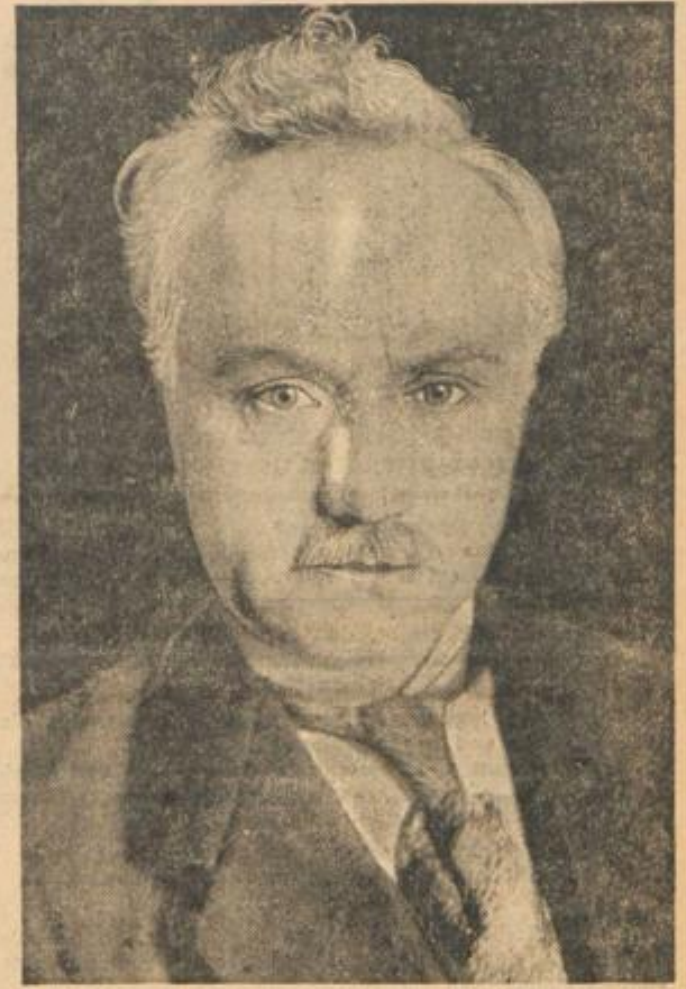


Für Freiheit und Ordnung — gegen Terror
und Gewalt — für sozialistischen Aufbau gegen
kapitalistische Mißwirtschaft — für die Rechte
des arbeitenden Volkes — gegen alle Versuche,
eine neue Klassenherrschaft aufzurichten —
kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutsch-
lands.

Sie weist den Weg in eine bessere Zukunft!
Frauen und Männer, gebt eure Stimmen der

Liste 1:

**Sozialdemokraten!
Braun — Severing**



Arbeit oder Zerstörung? Wähler und Wählerinnen entscheidet euch!

Am 14. September haben die Wähler 107 National-
sozialisten und 77 Kommunisten in den Reichstag
geschickt. Sind dadurch die Verhältnisse in Deutschland besser
geworden? Nein! Nur der Reichstag ist arbeitsunfähig ge-
worden.

**Weder Nationalsozialisten noch Kommunisten
haben im Reichstag an sachliche Arbeit zum
Besten des Volkes gedacht. Sie haben statt dessen
getobt, gebrüllt und Theater gespielt!**

Die Nationalsozialisten gannen im Reichstag mit einer
widerwärtigen Maslerade und einem Massengebrüll, vor dem
selbst die Kommunisten vor Neid erblicten. Dann schworen
sie schleunigst alles ab, was sie in der Wahlagitation erzählt
hatten. Schon am 4. Dezember 1930 sagte der Naziwirtschafts-
theoretiker Feder zu dem Volksparteiler Dingeldey: „Sie
haben gar keine Ursache, uns irgendwie sozia-
listische Tendenzen zu unterstellen.“ Daher der
Name „Nationalsozialistische Arbeiterpartei.“

Der Rajchemmenton, in den die nationalsozialistische
Reichstagsfraktion bald einfiel, wurde von ihren sogenannten
geistigen Führern eingeführt. Am 10. Dezember mußte dem
Hakenkreuzanwalt Frank II wegen unglaublicher Böbeleien in
offener Sitzung das Wort entzogen werden.

Sie haben auch Anträge gestellt, die nicht das Papier
wert waren, auf dem sie gedruckt waren. So beantragten sie
im Haushaltsausschuß die Ausgabe von Milliarden von un-
gedeckten Reichsdarlehnsstaffelscheinen, also die Einleitung
der Inflation!

Am 10. Februar 1931 flohen sie mit Gebrüll
und Beschimpfungen aus dem Reichstag, sie
kamen erst Ende des Jahres wieder, als sie die
Gelegenheit für günstig hielten, ein Chaos
herbeizuführen!

Die Kommunisten haben sich bemüht, mit den Nazis
zu wetteifern — in Gebrüll und Theater wie in blödsinnigen
Agitationsanträgen. Ihr einziges Simen und Trachten war,

Die Gewerkschaften rufen!

Der Bezirksausschuß des ADGB. erläßt einen Aufruf,
in dem es heißt:

Alle Gewerkschaftler unseres Bezirks müssen im
Interesse ihrer selbst und zum Wohle ihrer Familien
am kommenden Wahlsonntag ihren Stolz darin
erblicken, daß alle Familienmitglieder zur
Wahl gehen und die Liste 1, Otto Braun,
Carl Severing, wählen.

Die bewährten Führer und Gewerkschaftskollegen
sind die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei.
Sinter ihnen steht die ganze Eiserner Front! Schlagt
deshalb erneut den Faschismus und wählt am
24. April in den Preussischen Landtag

Liste 1:

Otto Braun — Carl Severing

gemeinsam mit den Nazis ein völliges Durcheinander herbei-
zuführen.

Was es bedeutet, wenn Nazis und Kommunisten in solcher
Stärke im Parlament sitzen, haben die Wähler mit eigenen
Ohren hören können, als die Reichstagsrede des
Reichskanzlers Brüning vor der Präsidentenwahl
im Rundfunk übertragen wurde. Dies Geheul und Geschrei
und Gewieher, diese Klänge, die aus einer Schänke voll Be-
trunkener zu kommen schienen — das ist die parlamentarische
Betätigung der Nazis!

**Soll das in Preußen auch so werden? Soll auch
der Preussische Landtag zum Tummelplatz solcher
Gestalten werden?**

Werden die Abgeordneten des Preussischen Landtags ge-
wählt, um sachliche Arbeit im Interesse des Volkes zu leisten,
oder um sich so zu produzieren, wie es die Nazis im Reichstag
in undschreiblich widerwärtiger Weise getan haben?

Ein Landtag, der arbeitet, und keine Brüllvorstellun-
gen gibt, eine feste Arbeitsmehrheit im Landtag, die
sich durchsetzt gegen die Saboteure des Parlaments, die
dafür sorgt, daß Preußen bleibt, was es unter der Regie-
rung Braun-Severing geworden ist, das muß der Wille der
Wähler sein!

Darum am 24. April: weder Nazis noch Kommu-
nisten, sondern Sozialdemokraten! Sorgt dafür, daß
der Preussische Landtag arbeitsfähig bleibt, daß die
Regierung in der Hand bewährter Männer bleibt!

Kommunisten zu Hitler!

Rund 500 000 kommunistische Wähler sind am 10. April zu Hitler übergelaufen!

Am 13. März, beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, erhielt Thälmann 4 982 079 Stimmen.
Am 10. April, beim zweiten Wahlgang, erhielt er aber nur noch 3 706 388 Stimmen.
„Fünf Millionen eisenharte Kämpfer der Weltrevolution!“ hatte die kommunistische Presse am 14. März gepredigt.
Vier Wochen später waren es aber schon 1 275 691 weniger!
Ein Viertel seiner Stimmen war Thälmann verlorengegangen.

Der Revolutionär.



„Ich habe am 10. April für Hitler gestimmt, um eine wahrhaft revolutionäre Situation zu schaffen!“

Was war aus ihnen geworden?
Ein Teil hatte Hindenburg gewählt, ein Teil war zu Hause geblieben, ein dritter Teil war — zu den Faschisten übergelaufen.

Die Wahlstatistik ergibt, daß rund 500 000 der „eisenharten Kämpfer der Weltrevolution“ zu Hitler übergelaufen sind!

Das ist die logische Frucht des Klassenverrats, den die KPD. seit Jahr und Tag betreibt.

Am 9. August v. J. marschierte sie mit Nazi und Stahlhelm gemeinsam zum „Roten Volksentscheid“ gegen Braun und Severing.

In allen Wahlkämpfen erklärte sie die Sozialdemokratie für den „Hauptfeind“, gegen den der Hauptstoß zu führen sei.

Die badische KPD. beantragte zugleich mit den Nazis im Landtag, daß Reichsbanner und Eiserner Front verboten werden sollen.

Die badische Landtagsfraktion mußte diesen Antrag wieder zurückziehen, aber die KPD. führt ihren Kampf gegen Reichsbanner und Eiserner Front weiter. Sie will die Waffe des Profetarats gegen den Faschismus zerschlagen! Nicht anders steht bei den preußischen Landtagswahlen!

Wer kommunistisch wählt, hilft einer schwarzweißbrotten Hakenkreuzregierung zur Herrschaft!

Wer nicht will, daß Faschismus und Reaktion regieren, für den gibt es nur eine Liste:

Liste 1: Sozialdemokraten Braun-Severing.

55 Pf. im Monat

kostet das Abonnement des

Sonntag-„Vorwärts“ mit Wochenschau

Sie bekommen für diesen Betrag jeden Sonntag eine besonders reichhaltig ausgestattete Nummer des „Vorwärts“ zugestellt, aus der Sie sich über die Ereignisse der ganzen Woche unterrichten können. — Bestellen Sie noch heute beim „Vorwärts“-Verlag, SW 68, Lindenstr. 3.

Hitlers Bundesgenossen.

Eine feine Liste für eine „Arbeiterpartei“.

Zwischen Hugenberg und den Nazis ist ein Krad im Gange, der durch die Veröffentlichung eines Briefes von Hugenberg an Hitler herbeigerufen worden ist. Dabei wird von beiden Seiten einiges über die Vorverhandlungen zwischen Hugenberg und Hitler vor der Präsidentenwahl ausgeplaudert.

Die Nazis schlagen vor: den Kronprinzen, den General von Epp.

Hugenberg schlägt vor: den Geheimrat Claj, den Prinzen Oskar, den Herzog von Koburg.

Da sie sich nicht einigen konnten kam die Kandidatur Hitler und nun läßt sich Hitler in seiner Propaganda als „der deutsche Arbeiterführer“ bezeichnen!

Nazi gegen Landesverteidigung!

Solange das „System“ nicht beseitigt ist.

Am 7. April hielt Reichsfinanzminister Dr. Brüning in Hamburg eine Rede, in der er sagte:

Vielleicht kommt bald die Zeit, wo man nicht mehr so ungestraft und hemmungslos auf das deutsche Volk loskommen kann, ohne daß dieses Volk alles zu wissen bekommt, was mit Unterlagen beglaubigt ist. Dann wird man das Wort „National“ im Namen der Nationalsozialisten nur noch mit Gänsefüßchen schreiben.

Wenige Tage zuvor war amtlich gemeldet worden, daß die bei den Nationalsozialisten beschlagnahmten Dokumente Beweise für deren landesverräterische Absichten enthielten.

Kürzlich ist im Sportpalast von Otto Braun daselbe Thema berührt worden.

Unter atemloser Spannung der ungeheuren Versammlung führte der preußische Ministerpräsident folgendes aus:

Die beschlagnahmten nationalsozialistischen Dokumente bewiesen nicht nur die hochverräterischen Absichten der NSDAP, sondern auch ihre landesverräterische Gemeingefährlichkeit.

Wolff Hitler müsse offenbar von dem Inhalt dieser Schriftstücke Kenntnis haben.

denn er sei in seiner Rede in Lauenburg in Pommern am 5. April auf ihn eingegangen, indem er dort folgendes gesagt habe:

Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einstweilen weigere, die deutschen Grenzen zu schützen, so müsse er allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle. Er

werde die Grenze erst dann schützen, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären.

Die Nationalsozialistische Partei hat den Inhalt der landesverräterischen Dokumente und die Lauenburger Rede ihres Führers abzuleugnen versucht. Hitler selbst hat erklärt, er werde gegen den preußischen Ministerpräsidenten und gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Strafantrag stellen. Der „Vorwärts“ antwortete darauf:

„Wir haben gegen Hitler und seine Partei den Vorwurf erhoben, daß sie Absichten verfolgen, deren Ausführung vollendeten Landesverrat im Kriege bedeutet. Diesen Vorwurf halten wir vollinhaltlich aufrecht und sind bereit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für ihn zu erbringen.“

Ludendorff gegen Hitler.

Drittes Reich und drittes Geschlecht.

General Ludendorff läßt eine Kampfschrift erscheinen, die den Titel führt: „Heraus aus dem braunen Sumpf!“ und in der Aufforderung ausklingt: „Deutsche Männer und deutsche Jungen, zieht euch wieder weiße Hemden an!“ Darin heißt es:

„Hitlers Schuld ist ins Riesengroße gewachsen... Herr Hitler hat Herrn Röhm im Arme belassen; nichts kann solchen Tatbestand und solche Schuld je auslöschen... Bekanntlich nennt man ja alle die für das eigene Geschlecht fruchtbar Veranlagten das „Dritte Geschlecht“. Wie sinnvoll ist also der Name des „Dritten Reichs“!!!“

Ludendorff war bis vor wenigen Jahren neben Hitler Führer der NSDAP.

Der Koburger Schwindel.

Wie die Nazis angeblich Ordnung schaffen.

In Berlin und anderswo verbreiten die Nazis ein Flugblatt, worin sie auf ihre Leistungen in der Stadt Koburg verweisen. Das Flugblatt ist gehalten in Form einer Rede des Nazibürgermeisters Schwede.

Schwede hat inzwischen öffentlich erklären müssen, daß die ihm in den Mund gelegten Zahlen und Gehaltsziffern zum großen Teil nicht stimmen.

Auch sonst ist das Flugblatt von A bis Z ein großer Schwindel. Es wird zunächst von der Nazi- und Pumpwirtschaft geredet, die vor dem Regierungsantritt der Nazis in Koburg geherrscht habe und angeblich von einer „Mehrheit von Marxisten“ betrieben worden sei. Wahrheit ist: In Koburg haben niemals die Sozialdemokraten eine Mehrheit gehabt, sondern immer die Bürgerlichen. Diese Bürgerlichen haben die Ausgaben bewilligt. Die im Jahre 1924 eingezogenen vier Nazis haben die Ausgabenwirtschaft der Bürgerlichen mitgemacht. Sie sind auch nie gegen eine Anleihe von zwei Millionen, die in dem Flugblatt besonders angeprangert wird, gewesen, sondern haben sich im Gegenteil bemüht, Geldgeber nachzuweisen.

In dem Naziflugblatt wird ferner behauptet, daß die Direktoren der städtischen Werke je 35 000 Mark bezogen hätten, an den Spitzengehältern der städtischen Werke hätten die Nazis allein 100 000 Mark gespart.

Hierzu hat der Nazibürgermeister Schwede öffentlich unter dem 11. März 1932 erklären müssen, daß diese Ziffern nicht den von ihm in seinem Vortrag tatsächlich gemachten Angaben entsprechen.

Weiter wird in dem Naziflugblatt behauptet, daß die beiden vor der Nazidra tätigen Bürgermeister 32 000 bzw. 35 000 M. Gehalt bezogen hätten. In Wirklichkeit haben sie 13 000 bzw. 11 000 M. bezogen. Der Nazi-Schwede ist angeblich „ehrenamtlicher“ Bürgermeister. In dem Flugblatt wird behauptet, daß seine Be-

züge als Bürgermeister noch die gleichen seien, die er als Werkmeister bezog, nicht ganz 300 Mark im Monat, zuzüglich 120 Mark Aufwandsentschädigung. Tatsache ist:

Der „ehrenamtliche“ Schwede bezieht monatlich im ganzen mehr als 1000 Mark!

Das Flugblatt behauptet weiter, daß es in Koburg keine Arbeitslosen mehr gäbe. Sämtliche Ausgesteuerten arbeiten angeblich im Dienst der Stadt für einen Stundenlohn von 1 Pf. Das ergibt in der Woche bei 25stündiger Arbeit einen Lohn von etwa 22 Mark zuzüglich der Zuschläge.

Tatsächlich werden in Koburg nur wenig über die Hälfte der Erwerbslosen beschäftigt. Der Lohn auf den Baustellen beträgt nicht 22 Mark, sondern 15 Mark wöchentlich. Für die Nichtbeschäftigten sind die Ratslöhne niedriger als in allen anderen überfränkischen Städten.

Nach dem Flugblatt wollen die Nazis Neubaugewinnungen errichten haben, bei denen die Zweizimmerwohnungen nur 12,60 M. Miete, die Dreizimmerwohnungen 16 bis 18 Mark kosten. — Die Ziffern sind falsch. Nach den Festlegungen der Finanzkommission betragen sie 13,50 Mark bzw. 21,15 Mark.

Es handelt sich aber — und das ist die Hauptsache — nicht etwa um reguläre Mietwohnungen, sondern um Kotschule, in denen Familien einquartiert werden, die sonst keine Miete zahlen können.

Schließlich: Im Stadtratswahlkampf 1929 hatte die deutsche nationale „Koburgerische Landeszeitung“ darauf hingewiesen, daß nationalsozialistische Stadträte, darunter auch Herr Schwede, sich wirtschaftliche Vorteile von der Stadt verschafft hätten, obwohl sie sich feierlich verpflichtet hätten, keine Vorteile anzunehmen. Der darauf verfolgte Redakteur wurde mit der Begründung freigesprochen, daß der Wahrheitsbeweis in allen Fällen erbracht sei.

Die Wunderthaten der Koburger Nazis entpuppen sich also als der übliche Schwindel für Wundergläubige.

Frauen, merkt auf!

Die Nazis belügen euch!

Die Nationalsozialisten bemühen sich trapphaft, die Stimmen der Frauen noch für ihre Partei einzuzugeln. In einem großen Plakatanschlag hat Herr Hitler sich darüber beklagt, daß durch unsere Aufklärungsarbeit den Frauen bekanntgemacht worden ist, was sie von einem „Dritten Reich“ zu erwarten haben. Groß und fett ließ er drucken: „Sie lügen.“

Wer lügt?

Die jeglicher Frauenwürde höhnsprechenden Äußerungen der Naziführer Hitler, Goebbels, Rosenberg und Feder, die der Frau nur die Aufgabe zuweisen, „schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen“ und „wieder Magd und Dienlerin“ zu werden, kennzeichnen zur Genüge die Herrenmoral der Nazis. Nehmt versuchen die Nazis, diesen Äußerungen einen anderen Sinn zu geben. Sie lügen den Frauen vor, in einem nationalsozialistischen Reich brauchten sie gar keine politischen Rechte, weil ihnen dort wieder ein friedliches Glück am häuslichen Herd beschieden sein.

Im Heft 22 der Nazimonatshefte vom Januar 1932 erklärt eine Marie Balzer:

„Die Stellung der Frau im nationalsozialistischen Staat wird der Verantwortung entsprechen, die ihr durch die dargelegte Neuordnung des Familienlebens übertragen wird. ... Ein politisches Wahlrecht gibt es für die Frauen ebensowenig wie für den Mann; denn der nationalsozialistische Staat wird kein parlamentarischer Staat sein.“

Die Nazis menden sich sogar neuerdings an die berufstätigen Frauen und erzählen ihnen, sie hätten gar

nicht daran, sie aus den Betrieben hinauszuerwerfen. Sie seien nur gegen den Zwang zur Erwerbsarbeit für die Frauen. Wie sie diesen Zwang beseitigen wollen, ohne das kapitalistische Wirtschaftssystem anzutasten — Herr Feder hat ja bekanntlich erklärt, daß sie nicht daran denken, die Produktionsmittel zu vergesellschaftlichen —, das verraten sie allerdings nicht! In der Frauenversammlung der Nazis in den Tennishallen hat eine Frau von Gustedt als vierte Aufgabe der Frauen im Dritten Reich bezeichnet: „Berufsarbeit als Dienst am Volksganzen.“

Italien als Vorbild?

Wie es um diese Berufsarbeit als Dienst am Volksganzen in einem faschistischen Staat bestellt ist, dafür ein Beispiel aus dem faschistischen Italien. Dort hat seit 1922 der Faschismus das Staatsruder in Händen. Trotzdem herrscht noch heute in Italien ein Elend von Frauen- und Kinderarbeit, von dem wir uns in Deutschland dank der Arbeit der Sozialdemokratie und unserer Gewerkschaften gar keine Vorstellung mehr machen können.

In Deutschland ist für weibliche Arbeitnehmer in Bergwerken die Arbeit unter Tage vollständig verboten und über Tage eingeschränkt. Kinderarbeit kommt hier überhaupt nicht in Frage. Im faschistischen Italien aber arbeiten noch heute zwölf- bis fünfzehnjährige Knaben tief unter Tage in den Schwefelgruben von Sizilien. So sorgt ein faschistischer Staat für Frauen und Kinder!

Soll es bei uns so werden wie in Italien? Nach dem Willen der Nazis soll die Frau im Dritten Reich wie in Italien in erster Linie „Kriegsmutter“ sein. Als einzig wahre Frauenbewegung preisen die Nazis die nationale Erhebung der Frauen von 1813!

In unserer Zeit der Luftknoten und Giftgas pflegen sie die Kriegseromantik von 1813!

Das ist ein Verbrechen am Volk und an der Menschheit. In einem neuen Kriege würden ebensowenig wie im Weltkrieg Tapferkeit und Ritterlichkeit, sondern Technik und Giftgas entscheiden.

Einem solchen Wahnsinn dürfen Frauen keinen Vorschub leisten. Am 24. April muß der Faschismus endgültig geschlagen werden, damit politische Sicherheit die Möglichkeit gibt

zu wirtschaftlichem und sozialem Aufbau,

zur Verständigung der Völker,

zur Befriedung der Welt.

Deshalb stimmen alle vernünftigen Frauen für Liste 1.

Achtung!

Wahlzeit von 8-5!